

Prof. Dr. Kilian Bizer
Georg-August-Universität Göttingen
März 2009

Für Krisen Geld zurücklegen, Altersvorsorge – warum auch noch Flächensparen?

Die demografische Entwicklung weist nach unten: 2050 werden in Deutschland bei gleichbleibender Zuwanderung noch ca. 65 Mio. Menschen leben. Das bedeutet, dass die Kosten für dieselbe Infrastruktur, d.h. Straßen, Kanäle, Schulen, Kindergärten, Universitäten, Datennetze etc., dann rund 20 % weniger Menschen tragen. Da die Siedlungsstruktur nicht gleichmäßig ist, müssen alle Menschen im ländlichen Raum mit überproportionalen Infrastrukturkostensteigerungen rechnen, während im verdichteten Bereich die Kosten nicht genauso stark steigen. Auch dort fallen aber viele Flächen brach. Da dadurch Lücken in der flächendeckenden Nutzung entstehen, führt auch das zu höheren Infrastrukturkosten für alle. Die Entgelte für diese Leistungen dürften im Durchschnitt um mehr als ein Viertel ansteigen. Neben diesem Infrastrukturkostenargument spricht für Flächensparen zusätzlich, dass die Inanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr auch die ökologischen Bodenfunktionen einschränkt.

Die bisherige Situation der Städte und Gemeinden ist dadurch gekennzeichnet, dass sie sich in ausgeprägter Konkurrenz befinden: Jede Kommune strebt danach, Einwohner und Unternehmen zu halten und anzuziehen. In einer wachsenden Volkswirtschaft erweist sich diese Konkurrenz als hilfreich, weil sie dafür sorgt, dass jede Gemeinde ihr Angebot so gut wie möglich gestaltet, um für Einwohner und Unternehmen attraktiv zu sein. In einer schrumpfenden Volkswirtschaft erweist sich dies jedoch als fatal für einige Orte, weil Einwohner und Unternehmen zu den Orten ziehen, die für sie am besten sind und dabei weniger attraktive Orte verlassen. Da aber nicht alle diese Orte verlassen, muss die Infrastruktur dort erhalten werden. Die Kosten dieser Infrastruktur verteilen sich dann auf weniger Personen und steigen deshalb pro Kopf massiv an. Ein systematischer Rückbau von Ortsteilen oder ganzen Ortschaften wird erforderlich, der zu finanzieren ist. Im Osten sowie in einzelnen Teilen des Westens hat dieser Prozess bereits begonnen. In dieser Situation reduziert jede jetzt eingesparte Neuausweisung nicht nur zukünftige Kosten für die Infrastruktur, sondern auch für den Rückbau.

Allerdings ist es für eine Kommune fast unmöglich, allein aus der gegenwärtigen Konkurrenzsituation auszustiegen: Denn solange die örtliche Bevölkerung das Infrastrukturkostenproblem nicht wahrnimmt, stehen Kommunalpolitiker unter direktem Erfolgsdruck bei der Ansiedlung neuer Einwohner und Unternehmen.

Auch aus diesem Grund ist das quantitative 30-ha-Ziel sinnvoll, das die Bundesregierung in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen und mit qualitativen Zielen ergänzt hat. Jede Umsetzung des Ziels würde die bisherige Umwandlung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche auf rund ein Drittel reduzieren. Das würde einen deutlichen Beitrag dazu leisten, die zukünftigen Infrastrukturkosten zu senken, weil die weitere Suburbanisierung gebremst würde.

Allerdings ist bisher ungeklärt, wie man das 30-ha-Ziel umsetzen kann und mit welchen Folgewirkungen dies einhergeht. Das Forschungsvorhaben DoRiF geht diesen Fragen nach und untersucht, wie bisherige Instrumente der Regionalplanung wirken, welche zusätzlichen Instrumente denkbar und erforderlich sind, um das 30-ha-Ziel zu erreichen, und mit welchen Folgen dies einhergeht. Wenn diese Informationen vorliegen, lässt sich eine Antwort darauf geben, ob das 30-ha-Ziel auch in Kenntnis seiner „Nebenwirkungen“ politisch sinnvoll erscheint,

Im Forschungsverbund „DoRiF“ („Designoptionen und Implementation von Raumordnungsinstrumenten zur Flächenverbrauchsreduktion“), koordiniert von der Georg-August-Universität Göttingen, arbeiten fünf Einrichtungen zusammen. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn analysiert die Wirksamkeit der Regionalplanung als Instrument der qualitativen und quantitativen Steuerung. Das Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden recherchiert und untersucht die bisherige Bautätigkeit der letzten 20 Jahre auf der Basis von elektronisch erfasstem Kartenmaterial. Die Universität Stuttgart untersucht das Potenzial für Bauland, das überhaupt noch zur Verfügung steht. Das Umweltforschungszentrum Leipzig skizziert rechtliche Alternativen von konkrete Handlungsmöglichkeiten, die auf der einen Seite aus einem ordnungsrechtlichen Instrumentarium oder auf der anderen Seite aus ökonomischen Anreizinstrumenten bestehen. Die Universität Göttingen stellt die Folgewirkungen des 30-ha-Ziels und der instrumentellen Handlungsmöglichkeiten für kommunale Haushalte, für Unternehmen und für Haushalte dar.